

Entscheidungserhebliche Gründe

zum Beschluss des Bewertungsausschusses nach § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V in seiner 753. Sitzung am 11. Dezember 2024 zur Überprüfung der Angemessenheit der psychotherapeutischen Vergütung

1. Rechtsgrundlage

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der GKV-Spitzenverband vereinbaren gemäß § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V im Bewertungsausschuss den Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM). Nach § 87 Abs. 2c Satz 8 SGB V haben die Bewertungen für psychotherapeutische Leistungen eine angemessene Höhe der Vergütung je Zeiteinheit zu gewährleisten.

2. Regelungshintergrund und -inhalt

Der Bewertungsausschuss wird anhand der vorliegenden Daten die Angemessenheit der Vergütung psychotherapeutischer Leistungen gemäß § 87 Abs. 2c Satz 8 SGB V für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2025 prüfen.

Anlass ist die Veröffentlichung einer neuen Kostenstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes zur Kostenstrukturstatistik im medizinischen Bereich für das Jahr 2022. Die Kostenstrukturerhebung wurde am 3. September 2024 veröffentlicht. Danach wurde vom Institut des Bewertungsausschusses die für die Überprüfung der psychotherapeutischen Vergütungen erforderliche Sonderauswertung bei der Fachabteilung des Statistischen Bundesamtes in Auftrag gegeben, mit der die notwendigen Detailangaben zu Honorarumsätzen und Betriebsausgaben ermittelt werden konnten.

Als weitere Datengrundlage wird die dem Institut des Bewertungsausschusses von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung in anonymisierter Form zur Verfügung gestellten ärztlichen Abrechnungsdaten des Jahres 2023 herangezogen.

Damit werden die in dem Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses in seiner 43. Sitzung am 22. September 2015 verwendeten Datengrundlagen in aktualisierter Form beibehalten.

Die Überprüfung der Bewertung der antrags- und genehmigungspflichtigen Leistungen des Abschnitts 35.2 EBM, der neuropsychologischen Leistungen (GOP 30932 und 30933 EBM), der psychotherapeutischen Sprechstunde (GOP 35151 EBM), der psychotherapeutischen Akutversorgung (GOP 35152 EBM) und der gruppenpsychotherapeutischen Grundversorgung (GOP 35173 bis 35179 EBM) sowie der Eingangssprechstunde (GOP 37500 EBM) knüpft grundsätzlich an das Verfahren an, welches der Bewertungsausschuss bereits in seiner Beschlussfassung in seiner 436. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) gewählt hatte.

Mit der Beschlussfassung des Bewertungsausschusses in seiner Sitzung am 22. Januar 2025 ist eine Entscheidung mit Wirkung zum 1. April 2025 angestrebt.

3. Inkrafttreten

Der Überprüfungsbeschluss tritt zum 11. Dezember 2024 in Kraft.